

Schubert und Dpiß bestätigt finden, die Protokolle sind heute noch in allen Buchhandlungen zu haben und beweisen zur Genüge, daß wir, ohne den Fürsten Bismarck anzurufen, den Beweis erbringen können, daß unsere Partei diese Gesetze gefordert hat. Diese Gesetze sind die Frucht unserer Thätigkeit.

Meine Herren! Das hatte ich dem Herrn Abg. Dpiß gegenüber zu erklären. Wenn nun aber weiter angeführt worden ist, das könne in der Sache gar nichts beweisen, beweisen Sie uns einmal, daß Sie etwas gethan haben. Ich will Ihnen noch viel thatkräftigere Beweise bringen, als wir mit aller Energie und mit aller Konsequenz die Lasten von den Schultern des Mittelstandes abwälzen wollen, die Lasten, die nicht nur den Mittelstand, sondern auch die Arbeiter treffen, ich meine die Mehrbelastung infolge der immer gesteigerten Militärausgaben, oder ist es etwa keine Last, wenn dem Handwerker sein Sohn in die Kaserne muß, dem Bauern nimmt man den letzten Sohn vom Pfluge weg; auch den kleinen Bauern belastet die Militärvorlage. Aber Antisemiten und Konservative, zu denen der Herr Abg. Schubert und Herr Abg. Dpiß gehört, haben für die Militärvorlage gestimmt, sie wollen auch, daß dem Bauern der letzte Sohn vom Pfluge genommen wird und der kleine Handwerker seine letzte Stütze verliert. Sie haben für die Militärvorlage gestimmt, wären sie auch nach der Richtung gegangen, die wir vertreten, dann wären heute die Arbeiter und Handwerker nicht belastet, dann wären wir nicht in die Lage versetzt, daß wir heute länger als 4 Stunden uns hier aufhalten müssen, um zu sehen, was wir für neue Steuerquellen ausfindig machen können. Also, meine Herren, für die neue Belastung des Mittelstandes sind vor allen Dingen diejenigen verantwortlich zu machen, die die ungeheueren Ausgaben für Militärzwecke bewilligt haben.

Nun ist weiter gesagt worden in Bezug auf das Wahlrecht, die konservative Partei habe nicht im entferntesten die Absicht, das Wahlrecht denjenigen Klassen zu nehmen, die jetzt 30 Mark Steuern zahlen. Ich will offen und ehrlich gestehen, nachdem der Herr Abg. Dpiß den Versuch gemacht hat, den Fehler der Deputation zu korrigiren und den Antrag gestellt hat, daß ein Schönheitsfleckchen in den Deputationsantrag hineinkommt, wie der Herr Vizepräsident Streit sich ausdrückt, gebe ich dem Antrage des Herrn Abg. Dpiß den Vorzug, wenn er auch ein Schönheitsfleckchen hineinbringt in den Deputationsantrag, gegenüber dem Antrage des Herrn Vizepräsidenten Georgi. Der Herr Vizepräsident Georgi ist von der Ueberzeugung ausgegangen — ich setze das von ihm voraus, da ich ihn als einen ehrlichen politischen

Gegner betrachte, der nicht im entferntesten daran denkt, Jemandem das Wahlrecht zu nehmen — daß durch seinen Antrag der Fehler der Deputation wieder gutgemacht werde, aber sein Antrag widerspricht dem Artikel 71 der Verfassungsurkunde, und wenn wir ihn annehmen, so müßte sofort der Artikel 71 geändert werden. Es heißt: „die betreffenden Abgeordneten haben auszuschneiden, wenn sie die Wählbarkeit verlieren“, und sobald das hier Gesetz wird und der betreffende Abgeordnete nicht mehr den Zensus hat, so hat er auszuschneiden.

(Widerspruch.)

Sowohl, er verliert die Wählbarkeit, sobald er den Zensus nicht mehr erfüllt. Wir haben ja die Geschichte mit Liebknecht gesehen. Wir haben nicht etwa ein Recht, Steuern zu zahlen, wir haben eine Verpflichtung, Steuern zu zahlen, und wenn uns die Verpflichtung nicht mehr obliegt, 30 Mark zu zahlen, so sind wir aus der Kammer hinaus. Das trifft vielleicht eine Anzahl meiner Freunde. Für uns ist das wichtig, und ich — und ich glaube auch meine Freunde — werde deshalb den Antrag Dpiß annehmen. Ich wollte nur konstatiren, daß hier zunächst erwiesen ist, daß die Deputation, ich will nicht sagen vorsätzlich, uns hinausmaßregeln will, ich will vielmehr die mildeste Auffassung annehmen und sagen, daß sie aus Uebersehen oder Unkenntniß eine derartige Tabelle aufgestellt hat. Um aber diesem Uebelstande zu begegnen, würde das Mindeste wohl sein, daß Sie dem Antrage meines Freundes Raden zustimmen. Dann würden Sie nicht in das Dilemma gerathen, ein Loch in Ihre eigene Arbeit zu machen und sich selbst zu korrigiren. Nehmen Sie den Antrag Raden an, der lehnt sich mehr an den Regierungsentwurf an, und bringt es auch dahin, daß die Regierung eine Million mehr einnimmt, daß sie die Dotation den Gemeinden gegenüber erfüllen kann, und Sie haben es dann nicht mehr nöthig, sich selbst zu korrigiren und vor dem Lande draußen bloßzustellen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Philipp.

Abg. Philipp: Ich will nur kurz meine Abstimmung über den Antrag Dpiß motiviren; denn im großen ganzen, glaube ich, ist über die Sache reichlich genug gesprochen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Antrag Dpiß unannehmbar ist, und zwar, weil, seit wir die Verfassung besitzen, mehrmals diejenigen Bedingungen, die die Wählbarkeit bedingen, durch Gesetze geändert worden sind, man hat nicht im geringsten darnach gefragt, wie der Betreffende oder die ganze Klasse der in Frage kommenden Bevölkerung sich damit abfindet. Ich erinnere daran, daß früher die Wählbarkeit an den Wohnsitz ge-